

Liechtenstein Finance

Die Rolle der Familie für einen langfristigen Vermögenserhalt

Funktionierende Unternehmerfamilien, insbesondere Grossfamilien, sind ein langfristig stabilisierender Faktor sowohl für die persönliche Entwicklung der einzelnen Familienmitglieder als auch für die Gesellschaft. Denn Familienunternehmen und deren gut investiertes Kapital bilden das Rückgrat einer funktionierenden, freiheitlichen Gesellschaft.

Gut aufgestellte Privatvermögen des Unternehmertums sind der Nährboden einer prosperierenden Marktwirtschaft. Effiziente Sozialsysteme können nur auf Basis einer so funktionierenden Wirtschaft aufgebaut werden. Daher ist es eine gesellschaftliche Notwendigkeit, eine stabile Familienkultur sowie den langfristigen Erhalt von Familienvermögen zu sichern.

Denken in Generationen

Basisvoraussetzungen zur Erreichung dieser Ziele ist das Denken in Generationen. Dazu gehört die Erkenntnis, dass das Familienvermögen selbst als Verantwortung gesehen wird und nicht als blosser Versorgungsquelle. Dies ist mehrheitlich der Fall, deshalb wird die Verantwortung dafür häufig in professionelle Hände gelegt. Stabilität und Klarheit stärken den Familienzusammenhalt. Den Rahmen bildet eine gut durchdachte und betreute Struktur mit klaren Regeln und ei-



Familienunternehmen und deren gut investiertes Kapital bilden das Rückgrat einer funktionierenden, freiheitlichen Gesellschaft. (Foto: ZVG)

ner guten Governance, durch die die Langfristigkeit abgesichert wird. Für das Aufstellen eines solchen Rahmens sind Stiftung und Trust geeignete Instrumente.

Das Aufsetzen einer langfristig funktionierenden Vermögensstruktur bedingt Kreativität, grosses Fachwissen, Verantwortungsbewusstsein sowie Einfühlvermögen, und zwar sowohl auf der Seite des Beraters als auch innerhalb der Familie.

Nicht nur das lokale Recht muss beachtet werden, sondern bei grenzüberschreitendem Bezug ist auch das Erb- und Gesellschaftsrecht sowie das Steuerrecht an den Wohnsitzen von Gründern und Begünstigten einzubeziehen.

Ergänzend ist eine innovative Einstellung der Beteiligten gefordert. Denn jede für die Familien aufgestellte Struktur ist eine massgeschneiderte Einzelanfertigung. Dies

kompetent zu begleiten, ist eine der Haupttätigkeiten der Liechtensteiner Treuhänder.

Die richtige Rolle für jedes Familienmitglied

Ein Familienunternehmen kann ein stark integrierender Faktor sein, in dem jedes Familienmitglied seine eigene, zum Erfolg des Unternehmens beitragende Rolle einnimmt. Es kann und sollte daher nicht jedes Familienmitglied in der Unternehmensführung tätig sein. Es gibt andere Funktionen, wie z. B. den Familienbeirat, wo sich die Familienmitglieder mit ihren Stärken einbringen können. Zudem geht es bei der typischen Unternehmerfamilie neben dem eigentlichen Business des Unternehmens auch um die Betreuung und Verwaltung anderer Vermögensteile, wie Immobilien oder Kunst. Auch diese wichtigen Vermögensteile bedürfen einer verantwortungsvollen Verwaltung. Darüber hinaus sind die meisten Unternehmer zudem noch in anderen Bereichen tätig, wie der Philanthropie oder in anderen Bereichen für das Gemeinwohl. Gerade diese Tätigkeiten motivieren Familienmitglieder, und sehr häufig auch die jüngere Generation, die so in ein verantwortungsvolles Leben eingeführt werden kann.

Sorgfältig und langfristig geführte Familienvermögen sind demnach

nicht nur für die Familien selbst vorteilhaft, sondern auch für die Gesellschaft. Die für das Unternehmen und die weiteren Vermögenswerte erbrachten Leistungen erfüllen Bedürfnisse, garantieren Arbeitsplätze, generieren Steuerzahlungen und stärken somit die Gesellschaft. (pr)

LIECHTENSTEIN FINANCE



Liechtenstein Finance e.V. ist ein privatrechtlich organisierter Verein, dessen Mitglieder die Regierung des Fürstentums Liechtenstein und die Finanzplatzverbände sind. Zweck des Vereins ist es, das Profil des Finanzplatzes im In- und Ausland durch Informationsarbeit zu den Besonderheiten und Stärken des Standortes zu schärfen.



Susan Schneider-Köder, Geschäftsführerin Liechtensteinische Treuhandkammer.

Konfiszierung von Russengeldern wäre laut Schweizer Bund verfassungswidrig

Pläne Die Konfiszierung privater russischer Vermögen würde gegen die Schweizer Verfassung und gegen internationale Verpflichtungen verstossen. Zu diesem Schluss kommt eine Arbeitsgruppe, die der Bundesrat nach Diskussionen über diese Finanzierungsquelle für den Wiederaufbau in der Ukraine eingesetzt hat.

Blockierte russische Gelder für den Wiederaufbau der vom Angriff zerstörten ukrainischen Städte und Dörfer zu verwenden, wird im In- und Ausland diskutiert. Russland habe mit dem Angriff internationales Recht verletzt und sei grundsätzlich verpflichtet, die entstandenen Schäden wiedergutzumachen, schrieb der Bundesrat nun. Daher beauftragte der Bundesrat die Verwaltung, die Rechtsfragen im Zusammenhang mit Geldern zu prüfen, die die Schweiz zurzeit aufgrund der Sanktionen gegen Russland gesperrt hat. Nach jüngsten Angaben des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) sind es rund 7,5 Milliarden Franken und 15 Liegenschaften. Die interne Expertengruppe kam nun zum Schluss, dass die Enteignung von Privateigentum rechtmässiger Herkunft ohne Entschädigung nach Schweizer Recht nicht zulässig sei, wie es in der Mitteilung des Bundesrates hiess.

Einziehung von Währungsreserven

Das Einziehen von eingefrorenen privaten Vermögenswerten widerspricht der Bundesverfassung und der geltenden Rechtsordnung, und es verletze internationale Verpflichtungen der Schweiz. Andere Staaten kannten ähnliche verfassungsmässige Rechte und Garantien. Auf internationaler Ebene würden auch Möglichkeiten diskutiert, Währungsreserven der russischen Nationalbank



Verfassungswidrig: Die Schweiz kann russische Gelder nicht konfiszieren und beispielsweise für den Wiederaufbau der Ukraine verwenden. Zu diesem Schluss kommt eine Expertengruppe des Bundes. (Symbolfoto: Keystone: Gabeirle Putzu)

sowie weiteres russisches Staatseigentum einzuziehen, schrieb der Bundesrat. Geprüft würden auch

schärfere Strafnormen für sanktionierte Personen, die Sanktionen verletzten. «Die Schweiz verfolgt die

Überlegungen und beteiligt sich an den Diskussionen, um ihre Sichtweise einzubringen», schrieb der Bun-

desrat. Die Verwaltung werde die Regierung regelmässig über die internationalen Entwicklungen informieren. Der Bundesrat bekräftigte zudem die Absicht, die Ukraine auch weiterhin zu unterstützen. Ausserminister Ignazio Cassis hatte die gesperrten Vermögenswerte im Januar in Interviews eine wichtige Finanzierungsquelle für den Wiederaufbau in der Ukraine genannt. Er räumte aber gleichzeitig ein, dass der Schweiz die rechtlichen Grundlagen fehlten dafür fehlten.

Schweizer unter Druck

Cassis sah die Schweiz damals unter Druck, auch mitzumachen, wenn die russischen Vermögen, die auf der Welt verteilt sind, für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden sollen. «Es gibt schon internationalen Druck, dass sich alle Staaten daran beteiligen, also auch wir», sagte er. Kritisiert wurde die Idee unter anderem in Bankenkreisen. Eine Einschränkung der Eigentumsgarantie und der Rechtssicherheit könnte der Anfang vom Ende des Schweizer Finanzplatzes sein, wurde befürchtet. Und im Parlament erhielt die Forderung der SP nach einem Einzug der Vermögen von sanktionierten Personen aus Russland und Belarus im Juni 2022 mit 78 zu 103 Stimmen keine Mehrheit. SVP, FDP und die meisten Mitglieder der Mitte-Fraktion lehnten den Vorstoss ab. (sda)

ANZEIGE

... Vermögensplanung.

